

PTT-Union fordert Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

Pöstler wollen 40-Stundenwoche

Mit der Forderung nach kürzeren Arbeitszeiten und mehr Ferien hat die Union Schweizerischer Post-, Telephon- und Telegraphenbeamter (PTT-Union) in Genf ihren Kongress abgeschlossen. Zentrales Thema der dreitägigen Veranstaltung war der streckenweise prekäre Personalmangel bei den PTT. Mit Nachdruck forderten die Postgewerkschafter attraktivere Arbeitsbedingungen, die das einzig wirksame Mittel gegen die Personalmisere darstellten.

Im einzelnen verlangten die 300 Delegierten eine Verkürzung der Arbeitszeit von derzeit 42 auf 40 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich. Ausserdem wollen sie längere Pausen und eine bessere Abgeltung der Wochenende-, Nacht- und Schichtarbeit. Schliesslich soll es für die älteren Pöstler auch mehr Ferien geben - fünf Wochen ab dem 45. und sechs Wochen ab dem 55. Altersjahr.

Über Arbeitszeitverkürzungen kann die PIT-Union allerdings nicht direkt mit dem Bund verhandeln. Zuständig dafür ist der Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe, dessen Präsident Georges Eggenberger zugleich Generalsekretär der PTT-Union ist. Wichtigste Massnahme im Kampf gegen den Personalmangel - gesamtschweizerisch sind weit über 1000 Stellen offen - sind nach Auffassung der Postgewerkschafter rasche Lohnerhöhungen. Dass die Pöstlergehälter im Rahmen einer Revision der Ämterklassifikation erhöht werden, ist zwar im Grundsatz bereits beschlossen. Umstritten ist jedoch der Zeitpunkt. Die PTT-Spitze will die Übung bis Ende 1990 durchziehen; die PTT-Union verlangt, die Revision müsse um ein Jahr vorgezogen werden. In einer Resolution drohte die PTT-Union jetzt mit nicht näher bestimmten „konkreten Aktionen“ am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit, falls die PTT dieser Forderung nicht nachkommen sollte.

Eine deutliche Absage erteilte der Kongress gewerkschaftsinternen Forderungen nach einer regional unterschiedlichen Entwicklung der Pöstlerlöhne. Vor allem Beamte aus Genf und Zürich hatten sich dafür mit der Begründung stark gemacht, dass in den grossen Städten nur mit höheren Löhnen genügend Personal angeworben werden könne.

Eine überwältigende Mehrheit der Kongress-Delegierten vertrat dagegen die Auffassung, dass die Unterschiede in den Lebenshaltungskosten wie bisher über Orts- und Sonderzuschläge abzugelten seien. Der Basislohn aber müsse überall in der Schweiz derselbe bleiben.

Solche Sonderzulagen in Höhe von 2000 Franken erhalten schon seit dem letzten Jahr die Genfer Postbeamten; ab Anfang nächsten Jahres wird sie auch den Zürcher Pöstlern ausbezahlt. PTT-Generaldirektor Jean Clivaz kündigte ausserdem an dem Kongress an, dass die PTT-Führung auch einem Teil der Beamten in Bern, Basel und Lausanne mehr Geld und mehr Freitage zukommen lassen möchte. Der Entscheid über dieses Geschäft, der beim Bundesrat liegt, soll demnächst fallen. Nach Auffassung der PTT-Union sollten Sonderzuschläge darüber hinaus auch an weiteren Orten ausbezahlt werden. Im Laufe der Debatte um die Lohn-Regionalisierung wurden jedoch tiefe Gegensätze zwischen Stadt- und Landsektionen deutlich.

Deutlicher als in früheren Jahren sprach sich die PTT-Union auch für eine weitere Zusammenarbeit mit den anderen Personalverbänden der Postangestellten aus. Ein Antrag auf Austritt aus der PTT-Vereinigung, einem Zusammenschluss von fünf Postpersonal-Verbänden, wurde mit 168 gegen 81 Stimmen abgelehnt. Begründet wurde der Antrag mit unsolidarischem Verhalten der anderen Verbände, die alle auch Kaderangestellte der Post organisieren.

Die PTT-Union ist mit 27'800 Mitgliedern der grösste Verband des Postpersonals. Organisiert sind vorwiegend uniformierte Beamte und Posthandwerker. Den Organisationsgrad gibt die PTT-Union in ihrem Bereich mit 80 Prozent an. Im Schweizerischen Gewerkschaftsbund ist die PTT-Union die fünftgrösste Einzelgewerkschaft.

Berner Tagwacht, 24.11.1988.

PTT-Union > Kongress. Arbeitszeitverkürzung. TW, 1988-11-24